

Vereinbarung für eine Wärmewende in Hannover.

Vereinbarung der Landeshauptstadt Hannover mit dem Bürger*innenbegehren „Hannover erneuerbar“ und enercity AG

Seit Januar 2021 gibt es in Hannover das Bürgerbegehren „hannover erneuerbar“ mit dem Anliegen, die Satzung der enercity AG so ändern zu lassen, dass bis 2026 das Kohlekraftwerk in Stöcken stillgelegt und möglichst bald auch auf Gas verzichtet wird. Das Bürgerbegehren setzt sich dabei für den Klimaschutz ein und möchte so schnell wie möglich schädliche CO₂-Emissionen vermeiden.

enercity ist grundsätzlich bemüht, den lokalen Kohleausstieg so schnell wie möglich zu vollziehen, vertritt jedoch die Auffassung, dass dies mehr Zeit braucht als bis 2026. Die Strategie der enercity sieht gegenwärtig vor 2025 den ersten Block vom Netz zu nehmen und 2030 den zweiten Block.

Die enercity AG begrüßt die angestoßene breite Debatte über die Energie- und Wärmewende sowie das Engagement des Bündnisses hannover erneuerbar für effektiven Klimaschutz. hannover erneuerbar erkennt an, dass die Beschleunigung des Umstellungsprozesses teilweise nur mittelbar in der Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz der enercity AG und der Landeshauptstadt Hannover (LHH) liegt und ist bemüht, diesem Unsicherheitsfaktor für die enercity AG Rechnung zu tragen.

Um den Anforderungen effektiven Klimaschutzes und den Bedenken der enercity AG, den Ausstieg aufgrund von teilweise weder von der LHH noch von der enercity AG beeinflussbaren derzeitigen Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich der Genehmigungsverfahren nicht in der geforderten zeitlichen Frist umsetzen zu können gerecht zu werden, wird folgender **Kompromissvorschlag** vereinbart.

Die enercity AG verpflichtet sich, nachprüfbar so schnell es geht (und die Genehmigungsverfahren für die Ersatzanlagen es erlauben) das Kohlekraftwerk stillzulegen. Dabei strebt enercity an, nach Möglichkeit 2026 auch im zweiten Block des Kraftwerks Stöcken keine Kohle einzusetzen. enercity wird auch schnellstmöglich den Einsatz von Erdgas im eigenen Portfolio reduzieren. Sollten die Genehmigungsverfahren für die notwendigen Ersatzanlagen tatsächlich nicht bis 2026 zu realisieren sein, wird alles daran gesetzt, die Stilllegung des zweiten Kraftwerkblocks möglichst zeitnah an 2026 zu ermöglichen. Ab 2022 wird enercity regelmäßig über den Fortschritt und die Gründe für mögliche Verzögerungen Bericht erstatten. Dazu wird ein eigener Beirat („Urbane Energiewende Beirat Hannover“) vom Oberbürgermeister eingesetzt, der sich aus dem Vorstand der enercity AG, aus 3 Vertreter*innen der Landeshauptstadt (Büro des Oberbürgermeisters, Umwelt- und Wirtschaftsdezernat sowie Finanzdezernat) und 3 Vertreter*innen, die die Initiative hannover erneuerbar benennt, zusammensetzt. Die Aufgaben dieses halbjährlich tagenden Beirates sind einerseits Bericht und Diskussion über die Kompensationsmaßnahmen und andererseits Bericht zum Fortschritt des Kohleausstiegs unter Berücksichtigung sich verändernder Rahmenbedingungen.

Um dennoch die angestrebte CO₂-Reduktion verbindlich zu erreichen und zugleich den für die Klimaneutralitätsziele der LHH notwendigen Reduktionspfad einzuschlagen, werden flankierende Maßnahmen umgesetzt, welche zu signifikanten CO₂-Einsparungen führen. Als Maßstab hierfür dient folgende Berechnung von enercity: Der Einsatz des Kohlekraftwerks Stöcken verursachte für beide Blöcke rund 1 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr 2020. Dadurch, dass der erste Block bis 2025 stillgelegt wird, liegen ab 2025 die CO₂-Emissionen für das Kraftwerk bei 0,5 Mio. Tonnen pro Jahr. Im Vergleich zu der Forderung das Kraftwerk 2026 komplett stillzulegen, wird ein Block ein Jahr früher stillgelegt, was einer Einsparung von 0,5 Mio. Tonnen CO₂ entspricht. Der zweite Block wird dagegen – sofern und solange unumgänglich – weiter betrieben. Gerechnet auf eine Laufzeit bis 2030 ergeben sich dadurch nach Angaben von enercity 2 Mio. Tonnen CO₂. Abzüglich der CO₂-Reduktion durch das Abschalten des ersten Blocks im Jahr 2025 ergäbe sich eine Summe von 1,5 Mio. Tonnen CO₂. Um auch bei einer Laufzeit des zweiten Blocks über 2026 hinaus bis maximal 2030 die notwendigen CO₂-Reduktionen

sicherstellen zu können, werden ab sofort parallel weitere, den Kohlausstieg flankierende Maßnahmen durchgeführt, die auf dem Weg der Landeshauptstadt Hannover zur Klimaneutralität bis 2035 ebenfalls unumgänglich sind:

Maßnahme 1: Ölheizungsoffensive – Ersatz von 5.000 Ölheizungen

- A. enercity startet eine Initiative zum Ölheizungstausch in Hannover, sodass bis spätestens 2026 bzw. 2035 keine Ölheizungen mehr in Betrieb sind. Dies muss durch eine Fördermaßnahme begleitet werden. In Hannover gibt es ca. 5.000 Ölheizungen. Im Rahmen eines Umbauprogramms können diese auf Fernwärme oder auf Wärmepumpen umgerüstet werden. Damit ergibt sich bis 2035 eine kumulierte Einsparung von ca. 0,8 Mio. Tonnen CO₂ und bis zum Jahr 2040 ca. 1,2 Mio. Tonnen CO₂. Dies würde abzüglich der derzeit geltenden Förderungen eine Investition von 30 bis 55 Mio. Euro bedeuten. Hierzu müssen Fördermittel von 11 Mio. EUR/a über fünf Jahre oder 2 Mio. EUR/a über 15 Jahre bereitgestellt werden.
- B. Die CO₂-Vermeidungskosten dieser Maßnahme liegen bei 46 Euro/Tonne.

Maßnahme 2: Anschlusspflicht für Fernwärme

- A. Der Rat der LHH beschließt nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) eine Anschluss- und Benutzungspflicht für Fernwärme in ausgewählten Verdichtungsgebieten bei Neu- oder Umbauten ab 2022. In diesen Gebieten ist der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich.
- B. Anzahl der auf Fernwärme umgestellten Anlagen: 780 pro Jahr, in Summe 7.000 Anlagen.
- C. Die Erschließung des Potentials für eine Fernwärmeverdichtung kann in 9 Jahren erfolgen, wodurch sich eine Einsparung von 1,3 Mio. Tonnen CO₂ bis 2035 und bis zum Jahr 2040 2,1 Mio. Tonnen CO₂ ergibt. Dafür sind abzüglich der aktuellen Förderungen Investitionen von ca. 180 Mio. Euro erforderlich (100 Mio. Euro in das Netz und 80 Mio. Euro in Erzeugungsanlagen). Darüber hinaus wird der Gasabsatz der Kunden um 0,5 TWh sinken, was zu steigenden Gasnetzkosten (ca.15%) bei den restlichen Kunden und Umsatzrückgängen in der Gassparte bei enercity führt.
- D. Die CO₂-Vermeidungskosten dieser Maßnahme liegen bei 86 Euro/Tonne.

Maßnahme 3: Heizungseffizienz-Offensive

- A. Durch bewusstes und intelligentes Heizen können – je nach Haushalt und Nutzung – laut aktuellen Studien bis zu 20 % des Energiebedarfs fürs Heizen eingespart werden.
- B. Das Marktpotential von 40.000 Wohnungen entspricht 1/7 des Wohnungsbestandes in Hannover. Nach der CO₂-Bilanz der Region Hannover entfallen hierauf 0,09 Mio. Tonnen CO₂. Bis 2035 können 0,22 Mio. Tonnen CO₂ und bis zum Jahr 2040 0,31 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Dies würde eine Investition von 40 Mio. Euro bedeuten.
- C. Die CO₂-Vermeidungskosten dieser Maßnahme liegen bei 129 Euro/Tonne.

Maßnahme 4: Vorzeitige Stilllegung des ersten Block

Enercity strebt an, den ersten Block statt 2025 bereits im Jahr 2024 stillzulegen. Das bringt eine Einsparung von 0,5 Mio. Tonnen CO₂.

Zusammenfassung der CO₂-Einsparmaßnahmen:

Die durch diese Maßnahmen erzielbaren CO₂-Emissionseinsparungen und die dafür erforderlichen Investitionen bzw. Fördermittel sind nachfolgend dargestellt:

| | Mögliche Maßnahmen | CO₂ Einsparung 2035 [Mio. Tonnen] | CO₂ Einsparung 2040 [Mio. Tonnen] | Invest [Mio. EUR] | Spezifisches Invest [EUR/ Tonne] |
|---|---|---|---|--|---|
| 1 | Ölheizungs- offensive | 0,8 | 1,2 | 55 <small>(11 Mio.€/a über 5 Jahre)</small> | 46 |
| 2 | Anschlusspflicht Fernwärme | 1,3 | 2,1 | 180 <small>(18 Mio.€/a über 10 Jahre)</small> | 86 |
| 3 | Heizungseffizienz- Offensive | 0,22 | 0,31 | 40 <small>(8 Mio.€/a über 5 Jahre)</small> | 129 |
| | Zwischensumme | 2,32 | 3,61 | 275 | |
| 4 | Vorzeitige Abschaltung des 1 Blocks im Jahr 2024 | CO ₂ Einsparung: 0,5 Mio. Tonnen | | | |
| | Summe | 2,82 | 4,11 | 275 | |

Die hier dargestellten Maßnahmen führen in Summe zur 1,5 bis 2,4 fachen Erfüllung des CO₂-Reduzierungsziels des vorzeitigen Kohleausstiegs. Aufgrund der damit verbundenen sehr hohen Förderungen (37 Mio. EUR/a in den ersten 5 Jahren und 18 Mio. EUR/a in den darauffolgenden 5 Jahren), muss eine Priorisierung vorgenommen werden.

Da zu erwarten ist, dass die neue Bundesregierung mehr für den Klimaschutz tun wird, ist davon auszugehen, dass in den kommenden 2-3 Jahren neue Impulse für den Klimaschutz auf Bundesebene gesetzt werden. Um jedoch in Hannover keine Zeit zu verlieren, wird eine Anschubfinanzierung seitens der LHH und enercity für Hannover sichergestellt, die folgendermaßen abgebildet wird: 20 Mio. Euro im Jahr 2021, 10 Mio. EUR im Jahr 2022 und 5 Mio. EUR im Jahr 2023. Mit diesen Investments wird eine Reduzierung der CO₂-Emissionen in Höhe von 0,3 Mio. Tonnen CO₂ bis 2035 und 0,5 Mio. Tonnen CO₂ bis 2040 erreicht. Hinzu kommen noch 0,5 Mio. Tonnen CO₂ Einsparung durch die Anstrengung zur Abschaltung des ersten Blocks im Jahr 2024, sodass in Summe 0,8 (bis 2035) bzw. 1 Mio. Tonnen CO₂ (bis 2040) eingespart werden.

Die Kompromisslösung wird durch einen Beschluss des Rates der LHH bzw. einen Vertrag zwischen enercity und LHH in einen rechtsverbindlichen Rahmen überführt. Mit dem Ratsbeschluss wird hannover erneuerbar das Bürgerbegehren zurückziehen.